

Berlin, Sonntag, Die Zeitung erscheint in der Woche zwölfmal.

Bezugs-Preis: Vierteljährlich für Berlin 7 Mk., 50 Pf., ohne Botenlohn, für ganz Deutschland 9 Mk., Österreich 13 Kr., 52 H., Rußland 4 Rub., 55 Kop., Holland 7 Fl., 50 Gld., für Frankreich, Belgien, England, Schweden, Amerika usw. Kreuzband Einband 20 Mk. für das Vierteljahr.

Bestellungen werden angenommen für England in London bei Aug. Siegle 80 Bline Street E.C. und Combe & Co. 19 Greenwich Street E.C.

Telegramm-Adresse: Börsefronte.

Berliner Börsen-Beitung.

Bestellungen werden angenommen bei allen

Postanstalten, Zeitungs-Spediteuren und unserer Expedition.

Redaktion und Expedition: Berlin W. 8., Kronenstraße Nr. 37. Annahme der Zentrale: In der Expedition.

Als besondere Beilagen erscheinen: Verdingungs-Anzeiger.

Hotels- und Bäder-Anzeiger. Vollständige Dichtungslisten der Preussischen Klassen-Falterie.

Allgemeine Verlosungs-Tabellen mit Restanten-Listen und viele andere wichtige tabellarische Übersichten.

Insertions-Gebühr:

Die viergespaltene Zeile 50 Pf. Restantenteil 1 Mk.

Fernsprecher:

Num. I, Nr. 243.

Vom Tage.

Kaiser Franz Josef empfing gestern nachmittag den japanischen Prinzen Kuni in besonderer Audienz.

Wie aus London berichtet wird, sind die Verhandlungen der internationalen Seekriegsrechtskonferenz beendet und ist ein Uebereinkommen in fast allen Punkten erzielt worden.

Der Großwesir erklärte Konstantinopler Kaufleuten, daß die Unterzeichnung des Entente-Protokolls nahe bevorstehend und die Fortsetzung des Boykotts unnötig sei.

Die türkische Deputiertenkammer genehmigte gestern den Gesetzentwurf betreffend die Anleihe des Jahres 1908.

Neuwahlen in Italien.

Die am 8. d. Mts. erfolgte Auflösung der italienischen Deputiertenkammer hat wohl allgemein Ueberraschung hervorgerufen. Die Einberufung der Kammer war für den 16. Februar angesetzt, die Herren Deputierten in den Provinzen bereiteten sich bereits für die Reise nach Rom vor, als plötzlich das Dekret veröffentlicht wurde. Die Gründe, welche die Regierung hierbei geltend haben, lassen sich auf den ersten Blick schwer erkennen. Sie hatte bisher im Parlament über eine ziemlich zuverlässige Mehrheit zu verfügen und überdies ging das Mandat der Kammer (sie ist am 6. November 1904 gewählt) schon im Herbst dieses Jahres zu Ende, es hätte daher überflüssig, wegen einiger Monate den verfassungsmäßigen Verlauf zu unterbrechen.

Einigen Anschlüssen gibt das von allen Ministern unterzeichnete Exposé, das dem Auflösungsdekret beigegeben worden ist. In ihm wird erklärt, das Ministerium habe genau geknüpft, welches der geeignetste Zeitpunkt für die Neuwahlen sein würde, und habe dabei hauptsächlich in Betracht gezogen, daß der Wahlkampf in vielen Teilen Italiens bereits begonnen habe, und daß die wahren Interessen des Landes geschädigt würden, wenn der Wahlkampf zu lange andauere. Das Ministerium habe ferner erzwungen, daß die Katastrophe von Messina und Reggio, die in ganz Italien neue Wunden der Brüderlichkeit geschaffen habe, für das italienische Volk ein Antriebsmittel werde, keine örtliche Kämpfe beizugehen zu lassen und nur an die großen Interessen des Vaterlandes zu denken. Ferner habe das Ministerium in Betracht gezogen, daß der Stand der parlamentarischen Arbeiten eine Erleichterung des Budgets vor Ostern nicht erhoffen lasse und ein provisorisches Budget, das schwere Schäden für die Staatsverwaltung mit sich bringe, nötig werden würde.

Der letzte Satz will nicht recht einleuchten, denn wenn die frühere Kammer schon nicht imstande gewesen wäre, das Budget rechtzeitig fertigzustellen, wird es die über fünf Wochen später zusammenzutretende neue Kammer sicher auch nicht sein; um so dringlicher erscheinen dagegen die Anfangs-aussicherungen. Herr Giolitti zweifelt daran, daß er die Schwierigkeiten, die sich in der letzten Zeit für die Regierung angehäuft haben, mit der jetzigen Kammer hinwegkommen werde; er will Zeit zu ihrer Regelung gewinnen und zugleich vermeiden, daß sie in einem lang ausgeübten Wahlkampfe von der Opposition agitatorisch ausgenutzt werden könnten.

Es handelt sich, wie gewöhnlich in Italien, um Fragen der hohen Politik. Die Aufrollung des Balkanproblems und dessen vorläufige Lösung befriedigt die Chamberlains in keiner Weise. Namentlich ist man enttäuscht, daß Österreich-Ungarn durch die Annexion Bosniens und der Herzegowina anscheinend

jo große Vorteile errungen hat, ohne daß auch nur die kleinste Kompensation für Italien abgefallen wäre. Schon Anfangs Dezember haben darüber in der Deputiertenkammer sehr erregte Verhandlungen stattgefunden, aus denen die Regierung allerdings als Sieger hervorgegangen war; seitdem hat die Nichtstimmung aber neue Nahrung aus der Entscheidung der österreichischen Regierung in der Frage der italienischen Universität erhalten. Man hält in Rom daran fest, daß nicht Wien, sondern Triest allein das Domizil einer italienischen Universität sein könne und daß die Nichtbeachtung dieser nationalen Forderung eine unfreundliche Handlung gegen das verbündete Italien bedeute. Wir wollen uns nicht in eine Erörterung über die Berechtigung dieser Anschauung einlassen, jedenfalls hat sie Wasser auf die Mühlen der Gegner der Politik Tittonis geleitet und die Lage des Ministeriums erheblich verschlechtert. Der gewählte Parlamentarier Giolitti hat sich über diese Sachlage nicht getäuelt und es zeigt von seinem Scharfsinn, daß er gerade einen Augenblick, in dem die Masse der Bevölkerung von ganz anderen, als politischen Interessen in Anspruch genommen wird, für die Neuwahlen festgelegt hat. Die furchtbaren Katastrophen in Kalabrien und Sizilien und die Heilung der von ihnen hervorgerufenen Schäden nehmen fast ausschließlich die Aufmerksamkeit gefangen und haben in Italien ein Gefühl der Solidarität hervorgerufen, wie es in gleicher Stärke kaum je vorher bestanden hat. Läßt die Regierung sich von dieser Strömung treiben, so hat sie gewonnenes Spiel. Tatsächlich verläuft auch bisher die Wahlbewegung in vollstündiger Ruhe. Kandidatenreden sind bisher nicht zu verzeichnen und seitens der Wählerchaft ist es nirgends zu geräuschvollen Kundgebungen gekommen. Man sieht voraus, daß sich diesmal überhaupt keine erregten Wahlkämpfe entwickeln werden. Es wird angenommen, daß die katholisch gesinnten Wähler sich in größerem Maße als bisher an den Wahlen beteiligen werden, was eine Vermehrung von Vertretern dieser Richtung in der Kammer zur Folge haben dürfte, was der Regierung ebenfalls nur zum Vorteile gereichen könnte.

Die jetzt aufgelöste Kammer setzte sich aus 343 Ministerialen (konstitutionelle Linke unter Giolitti und Fortis) und die von Tittoni geführte Gruppe der Rechten), 39 Mitgliedern der konstitutionellen Opposition, 37 Radikalen, 27 Sozialisten, 21 Republikanern, 14 Unabhängigen und 2 Klerikalen zusammen. Man nimmt allgemein an, daß die Neuwahlen keine wesentlichen Verschiebungen in den Parteiverhältnissen bringen werden; aber die Wiederwahl einer starken Regierungsmehrheit würde als eine Art Vertrauensvotum für das Ministerium aufzufassen sein, dessen moralische Stärkung bedeuten und es in die Lage versetzen, Anführern der Minderheit mit einiger Gelassenheit entgegenzusetzen zu können.

Telegramme.

Gelsenkirchen, 20. Februar. (C. T. C.) In dem benachbarten Grange ereignete sich heute nachmittag ein Unglücksfall. Der Dampf des neuen Gulderebnettes war dort anheindend durch Hochwasser unterhüllt. Als Arbeiter mit Rollwagen die betreffende Stelle passierten, stante sich der Boden. Die Wagen stürzten den Dampf hinunter, wobei drei Arbeiter getötet und zwei schwer verletzt wurden. Die Arbeiter sind sämtlich Italiener.

Wien, 20. Februar. (C. T. C.) Der Kaiser empfing heute nachmittag den japanischen Prinzen Kuni in besonderer Audienz.

Paris, 20. Februar. (C. T. C.) Im Ministerrat gab Minister des Auswärtigen Richon Erklärungen über die auswärtige Lage ab. Minister der öffentlichen Arbeiten Vorhou und Finanzminister Caillaux zeigten in großen Linien den Gesetzentwurf über die

Altersversorgung der Arbeiter und Beamten der Eisenbahnen. Caillaux verlas ferner seinen Bericht über die Vorschläge des Marineministers. Er erkennt darin die Notwendigkeit neuer Aufwendungen für die Marine an, wünscht jedoch nur die Hälfte der von Ricard geforderten Kredite bewilligt. Ricard wird am Donnerstag antworten. Er scheint zurecht nicht geneigt, auf eine Herabsetzung der Kredite einzugehen.

Amsterdam, 20. Februar. (C. T. C.) Der unterbrochene Personenverkehr auf der Dampferlinie Enghuizen - Stavoren wird am 21. Februar wieder aufgenommen.

London, 20. Februar. (C. T. C.) In einer in Newcastle gehaltenen Rede sprach der Kriegsminister Salbanc über den Plan der Errichtung eines Generalkorpses für das Reich und die Reorganisation der kolonialen Streitkräfte. Er sagte, wenn die Reorganisation ausgeführt sei, werde das britische Gesamtreich über eine Armee von 46 Divisionen, gleich 23 Armeekorps verfügen. Salbanc erklärte, eine solche Reichsarmee sei praktisch erreichbar und man dürfe sich vernünftigerweise der Hoffnung hingeben, sie in die Wirklichkeit umzusetzen.

London, 20. Februar. (C. T. C.) Wie das Reutersche Bureau erfährt, sind die Beratungen der internationalen Seekriegsrechtskonferenz beendet und ein Uebereinkommen hinsichtlich fast aller Punkte des Konferenzprogramms erzielt worden. Der größten Schwierigkeit begegnete die Frage der Kontenbande, aber die Erörterung dieses Gegenstandes wurde zur Zufriedenheit in dieser Woche abgeschlossen. Einzelheiten, die noch festzustellen sind, betreffen nur die Form und Redaktion der gefassten Beschlüsse und das Protokoll wird voraussichtlich in der nächsten Woche unterzeichnet werden.

Rom, 20. Februar. (C. T. C.) Aus Anlaß der bevorstehenden Wahlen hat der frühere Ministerpräsident Sonnino an seine Wähler ein Schreiben gerichtet, in dem er u. a. bezüglich der auswärtigen Politik ausführt, der Dreibund habe den letzten Jahren fortgesetzt zur Erhaltung des allgemeinen Friedens beigetragen, denn er habe niemandem, verlege niemandes Rechte und sei niemals ein Hindernis gewesen für die größte Herzlichkeit der Beziehungen eines jeden der Verbündeten zu anderen Staaten.

Wie der "Agenzia Stefani" aus Abis Ababa gemeldet wird, hat Regus Menelik 30 000 Taler zum Besten der durch das Erdbeben in Südbalten Geschädigten spendet.

Konstantinopel, 20. Februar. (C. T. C.) Die Bewegung unter den früheren politischen Verbündeten dauert fort. Gestern hielten sie eine Versammlung ab, in welcher sie als Hauptforderung eine Geldentschädigung aufstellten.

"Sabah" und "Tanin" zufolge hätte der Großwesir gesagt, daß die fortgeführten Verhandlungen über das Entente-Protokoll nur noch ein Wort betrafen. "Jeni Gazette" zufolge habe der Großwesir einige Kaufleute zu sich berufen und denselben erklärt, daß die Unterzeichnung des Entente-Protokolls bevorstehend und die Fortsetzung des Boykotts unnötig sei. (Siehe auch in der II. und III. Beilage.)

Ämtliche Nachrichten.

Der König hat dem ordentlichen Professor in der philosophischen Fakultät der Universität in Berlin, Geheimen Regierungsrat Dr. Schwendener den Orden Adlerorden zweiter Klasse mit Eichenlaub, dem Amtsgeschäftsrat a. D. Ernst Schulz zu Burgsteinfurt, bisher in Essen, dem Oberzollkontrollleur a. D. Zollinspektor Hans Windhorn zu Steinfurt und dem Eisenbahnbetriebsvorsteher a. D. Ernst Frenz zu Mülheim a. d. Ruhr den Orden Adlerorden vierter Klasse, dem Landchaftsrat Hermann Wilberg zu Bromberg, bisher in Pantau, Kreis Tuchel, und dem Amtsrat Gustav Schaeper zu Preussisch-Werndel im Kreise Duedelburg den königlichen Kronenorden dritter Klasse, dem Eisenbahngütervorsteher a. D. Martin Schoewe zu Nordhausen, dem Eisenbahnbetriebssekretär a. D. August Reid zu Auerbach in Hessen, bisher in St. Johann - Saarbrücken, und dem Eisenbahnlomotivführer a. D. Johannes Mund zu Wadersborn den königlichen Kronenorden vierter Klasse,